

Parolenfassung des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbandes (SBLV) zu drei Vorlagen der Volksabstimmung vom 05. Juni 2016

Parolenfassung Initiative „Pro Service Public“ Der SBLV empfiehlt, diese Initiative abzulehnen

Ein klares Verdikt fällt die Präsidentinnenkonferenz des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbandes SBLV: Ein einstimmiges Nein zur Initiative „Pro Service Public“ resultierte aus der Abstimmung zur Vorlage, welche bessere Leistungen, moderatere Preise und weniger gestresste Arbeitnehmer bei den bundesnahen Dienstleistungsunternehmen verspricht. Die Initiative ist vielleicht gut gemeint, der Titel und der Inhalt sind aber irreführend. Die unternehmerische Freiheit der betroffenen Betriebe wird stark beschnitten und ein Gewinn- und Querfinanzierungsverbot auferlegt. Der Erhalt und der nötige Ausbau der Grundversorgung werden damit gehemmt. Der Service Public nimmt ab. Darum glauben die Bäuerinnen und Landfrauen nicht an diese Versprechen, welche die Initianten geben und befürchten im Gegenteil grosse Nachteile, vor allem für Berggebiete, Randregionen und ganz allgemein für die Menschen auf dem Land.

Auskunft:

Liselotte Peter, Präsidentin Kommission Agrarpolitik SBLV, Tel. 052 375 13 72, l.peter@leUNET.ch. www.landfrauen.ch

Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG) - Präimplantationsdiagnostik Der SBLV beschliesst Stimmfreigabe

Der Schweizerische Bäuerinnen- und Landfrauenverband ist der Meinung, dass es sich bei dieser Entscheidung um eine persönliche moralische und ethische Beurteilung handelt, weshalb Stimmfreigabe beschlossen wurde.

Die Befürworter unterstützen das Ziel der Präimplantationsdiagnostik, die Übertragung einer schweren genetischen Krankheit von den Eltern auf das Kind zu verhindern. Mit Mehrlingsschwangerschaften gehen zudem vermehrt Komplikationen während der Schwangerschaft und ein erhöhtes Frühgeburtsrisiko mit Gefahr einer körperlichen und geistigen Behinderung und einer anspruchsvollen Behandlung einher. Diese Risiken können mit der Gesetzesänderung stark reduziert werden. Zudem erachten sie es als falsch, Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch eine optimale Behandlung zu verwehren und damit den Fortpflanzungstourismus ins Ausland zu unterstützen. Die Gegner befürchten, dass die Präimplantationsdiagnostik mit der Auswahl der sogenannten besten Embryonen im Labor zu einer Wahl zwischen wertvollem und minderwertigem Leben führt. Der Chromosomen-Check führe zudem zu einer Diskriminierung von Menschen mit Behinderung, indem sie als unerwünschte und vermeidbare Risiken betrachtet werden.

Auskunft:

Annekäthi Schluep-Bieri, Präsidentin Kommission Familien- und Sozialpolitik SBLV, Tel. 078 839 29 31, annekaethi.schluep@sunrise.ch. www.landfrauen.ch

Volksinitiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ Der SBLV empfiehlt, diese Initiative abzulehnen

Die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens durch zusätzliche Steuern von rund 153 Milliarden Franken belastet die Volkswirtschaft enorm. Dabei müssen rund 128 Milliarden Franken von heute bestehendem Erwerbseinkommen abgeschöpft und rund 25 Milliarden Franken zusätzlich beschafft werden. Zusätzlich müssen 55 Milliarden Franken aus heutigen Leistungen der sozialen Sicherheit in die Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens umgelagert werden. Das System der sozialen Sicherheit würde durch das Grundeinkommen weder vollständig ersetzt noch vereinfacht. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen erhält die ganze Bevölkerung eine Unterstützung, auch ohne einen Beitrag an die Gesellschaft zu leisten und dies unabhängig von Erwerbstätigkeit, Alter, Vermögen oder Nationalität.

Mit einem zugesicherten Grundeinkommen wäre es zudem für verschiedene Personengruppen finanziell nicht mehr lohnend, erwerbstätig zu sein. Dies gilt insbesondere für jene Erwerbstätige, die weniger oder im Rahmen des Grundeinkommens verdienen, also für Tieflohnbeziehende und Teilzeitarbeitende. Dadurch würde die Wirtschaft Arbeits- und Fachkräfte verlieren. Zu erwarten wären in der Folge eine Schwächung der Schweizer Wirtschaft und die Verlagerung von Produktions- und Dienstleistungsaktivitäten ins Ausland. Zugleich dürfte die Schwarzarbeit zunehmen.

Aus diesen Gründen empfehlen wir, am 05. Juni 2016 ein NEIN in die Urne zu legen!

Auskunft:

*Annekäthi Schluep-Bieri, Präsidentin Kommission Familien- und Sozialpolitik SBLV,
Tel. 078 839 29 31, annekaethi.schluep@sunrise.ch.
www.landfrauen.ch*